

## „Der Staat muss nach der Pandemie massiv investieren *und* Schulden abbauen“

**Der Wirtschaftswissenschaftler Marcel Fratzscher über die Zukunft des Sozialstaats und der beruflichen Teilhabe nach der Corona-Pandemie**

**KLARER KURS:** Die Wirtschaft schrumpft. Viele Unternehmen sind angeschlagen. Die Steuereinnahmen sinken. Zugleich fordern immer mehr Menschen Geld vom Staat, die das früher nicht taten, beispielsweise, weil sie aktuell von Kurzarbeit oder Einnahmeverlusten betroffen sind. Wie hart geht es gerade an die Substanz?

**Prof. Marcel Fratzscher:** An die Substanz geht es nicht. Der deutsche Staat ist sehr solide aufgestellt. Er war vor der Pandemie sehr moderat verschuldet. Die Ausgaben bereiten mir keine Sorgen, das kann der Staat wegstecken.

**Wo kommt das Geld her?**

Die Deutschen sparen Jahr für Jahr Rekordsummen. Die Ersparnisse sind da. Der Staat leiht sich dieses Geld und rettet,

indem er es ausgibt, Arbeitsplätze und Unternehmen. Aus meiner Sicht ist dieses Geld sehr sinnvoll angelegt. Und die Zinsen sind niedrig.

**Sie sind völlig unbesorgt?**

Nein, Sorgen bereitet mir die Zeit nach der Krise. Wie werden wir die Schulden abbauen – das ist die große Frage.

**Und wie lautet die Antwort?**

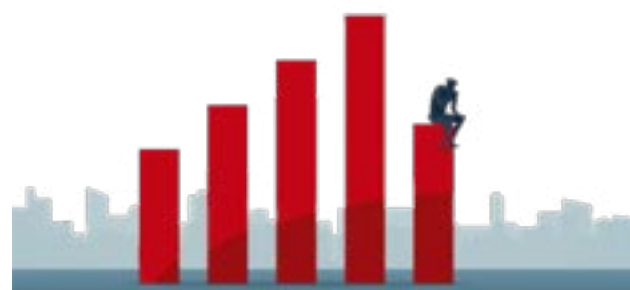
Das wird eine große Herausforderung. Deutschland befindet sich in einem Transformationsprozess. Und die deutsche Wirtschaft hat die notwendige Transformation – Stichworte: Klima, Digitalisierung, eine sich polarisierende Weltordnung – noch nicht gut bewältigt. Es sind massive Investitionen notwendig. Investieren muss nicht nur die Wirtschaft, sondern auch der Staat. Das heißt: Der Staat muss nach der Pandemie massiv Geld für den Wandel ausgeben, er muss aber zugleich Schulden abbauen.

**Beides gleichzeitig: Investieren und Schulden abbauen... wie das?**

Der Staat muss Ausgaben senken, zum Beispiel effizienter agieren. Er muss Subventionen abbauen. Entscheidend ist aber die Frage der Lastenverteilung. Ich fürchte, wir kommen um die Debatte über Steuererhöhungen nicht herum.

**Lange galt Wirtschaftswachstum als Garant sozialer Stabilität. Die Idee: Der Kuchen wächst stetig, alle bekommen ein Stück ab und ernsthafte Verteilungskämpfe bleiben aus. Funktionierte das vor Corona?**

Nein, es funktionierte schon vorher nicht wirklich gut. In den letzten 30 Jahren wuchsen die sozialstaatlichen Ausgaben immer mehr. Trotzdem stieg die Ungleichheit. Arbeit, Vermögen und Bildungschancen sind heute weiterhin recht ungleich verteilt. Das heißt, wir verzeichnen hohe Sozialausgaben und eine hohe soziale Polarisierung.



### Der Kuchen wird erst mal kleiner

Schaut man sich die Konjunkturprognosen der Institute und Institutionen an, die sich berufen fühlen, solche Prognosen zu wagen, dann wird eine Tendenz deutlich: Sie alle sehen die deutsche Wirtschaft im aktuellen Jahr stark schrumpfen und im kommenden Jahr wieder relativ stark wachsen. Für 2020 gehen die Prognostiker von einer Schrumpfung zwischen 4,7 und 7,1 Prozent aus. Als größte Pessimisten erweisen sich dabei die Makroökonomien der Bundesbank. Die Wachstumsprognosen für das Jahr 2021 bewegen sich zwischen 3,2 und 5,3 Prozent. Auch hier sind die Bundesbanker die am wenigsten Zuversichtlichen. Das DIW liegt mit den Werten -6,0 und +4,1 Prozent im Mittelfeld. Allen Prognosen ist jedoch eines gemein: Für die Jahre 2020 bis 2021 verzeichnen sie unter dem Strich eine Schrumpfung der deutschen Wirtschaftsleistung. Der Kuchen, der verteilt werden kann, wird also erst einmal kleiner. Zum Vergleich: In den fünf Jahren vor der Krise wuchs die deutsche Wirtschaft im Schnitt um knapp 3,4 Prozent pro Jahr. Die Grundlage der Berechnung ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Kritiker monieren unter anderem, dass in diese Rechnung unbezahlte Arbeit nicht einfließt, während Unfälle und Verbrechen (weil sie Kassen klingeln lassen) durchaus das BIP steigern. ■



„Wir kommen um die Debatte über Steuererhöhungen nicht herum“, fürchtet Prof. Marcel Fratzscher

Prof. Marcel Fratzscher ist Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und Professor für Makroökonomie an der Humboldt-Universität Berlin. Laut Frankfurter Allgemeine Zeitung ist er der dritteinflussreichste Ökonom Deutschlands

↓ **Und jetzt fördert Corona die Ungleichheit.** Ja, die Polarisierung nimmt mit der Pandemie zu. Von Arbeitslosigkeit sind vor allem Menschen mit geringer Qualifikation und geringem Einkommen betroffen. So haben 800.000 Minijobber ihre Arbeit verloren. Für sie gibt es keine Kurzarbeit. Ihre Jobs sind schlicht weg. Und das lässt sich nach der Pandemie nicht einfach umdrehen. Viele Jobs, zum Beispiel in der Gastronomie, die gerade verloren gehen, werden so schnell nicht neu entstehen. Oder sehen wir auf die sozialen und pflegerischen Berufe. Sie alle gelten als systemrelevant, aber die Einkommen dort sind niedrig und, im Gegensatz zur Wertschätzung, auch nur gering gestiegen. Die allergrößte Last tragen übrigens Frauen.

**Wie wollen Sie der Polarisierung entgegenwirken?**

Ich befürworte einen grundlegenden Umbau des Sozialstaats hin zu einem befähigenden und aktivierenden Sozialstaat. Er darf nicht erst dann aktiv werden, wenn

das Kind schon in den Brunnen gefallen ist, wenn Menschen beispielsweise arbeitslos werden. Er muss früher eingreifen, Menschen aktivieren und ihre Qualifikation proaktiv sichern im Sinne eines lebenslangen Lernens. Nur so können wir die Chancengleichheit steigern.

**Was bedeutet die Krise für die berufliche Teilhabe behinderter Menschen, die vielleicht keine so gute Lobby haben wie die Unternehmen und ein Teil der Arbeitnehmer?**

Ich befürchte, es wird nicht unbedingt leichter werden für die berufliche Teilhabe. In einer Krise versucht man eher am Alten festzuhalten und den Wandel auszubremsen. Das sehen wir bei den Themen digitale Transformation, Klimawandel, aber auch berufliche Teilhabe. Wir müssen alles tun, um dieses Ausbremsen zu verhindern.

**Wie gut lässt sich die berufliche Teilhabe behinderter Menschen volkswirtschaftlich begründen?**

Nun ja, es geht bei der Teilhabe um mehr als um Gerechtigkeit und Solidarität: Deutschland muss, allein schon wegen des demografischen Wandels, besser darin werden, seine Arbeitskräfte-Potenziale zu heben. Ich denke dabei insbesondere an Menschen mit Behinderung. Allein schon deshalb sollten wir ihre berufliche Teilhabe fördern. ■

